Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 231 — Mittwoch, 18. Mai 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Rm. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Rm. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abg. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Herriot setzt Tardieus Politik fort

„Herabsetzung der deutschen Tribute unmöglich"

London, 18. Mai. „Daily Herald" veröffentlicht eine Unterredung mit Herriot, in der dieser erklärte, daß eine Herabsetzung der deutschen Tributzahlungen unmöglich sei, wenn sich die Vereinigten Staaten und England nicht zu entsprechenden Herabsetzungen ihrer Kriegsschuldenzahlungen bereiterklärten. Ueber die Abrüstung sagte Herriot: Die radikalsozialistische Partei beurteilt die Abrüstung als eine Frage der internationalen Sicherheit. Sie glaubt, daß die Begrenzung oder Herabsetzung der Rüstungen nur unter der Obhut des Völkerbundes möglich ist. Diese Herabsetzung kann nur schrittweise im Verhältnis zur Entwicklung der Sicherheit durchgeführt werden. Sie befürwortet die Organisation einer internationalen bewaffneten Macht, die Internationalisierung der Tanks, schweren Artillerie, strategischen Eisenbahnen und Dampfschiffahrtslinien, die für die Mobilisierung von Truppen verwendet werden können.

„Daily Herald" kommentiert diese Erklärungen Herriots dahin, daß Herriot, nachdem er die Wahlen mit Hilfe der Sozialisten gewonnen habe, nunmehr seine Verbündeten über Bord werfe und seine Regierung unter Einschluß der Tardieuparteien bilden wolle, gegen die sich seine ganze Propaganda bei den Wahlen gerichtet habe. Kurz gesagt, habe Herriot die Politik Tardieus in der Frage der Tribute und der Abrüstung in jeder Beziehung übernommen.

Der Fall Pleß kommt vor den Völkerbund

Genf, 18. Mai. Der Völkerbundsrat hat in seiner heutigen Sitzung davon Kenntnis genommen, daß die deutsche Regierung wegen der Klage des Fürsten Pleß sich an den Haager Gerichtshof gewandt hat. Der Fall des Fürsten Pleß, der als Führer der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien seit Jahren von den polnischen Behörden auf alle mögliche Art, insbesondere durch völlig unberechtigte Steuerforderungen, wirtschaftlich geschädigt wird, hat den Völkerbundsrat schon wiederholt beschäftigt. Die polnische Regierung hat sich einer gütlichen Regelung dieser Angelegenheit bisher stets entzogen, so daß der deutschen Regierung nichts anderes übrig blieb, als nunmehr Polen wegen Verletzung des Minderheitenvertrages vor dem Haager Gerichtshof zu verklagen. Die Frage ist von grundsätzlicher Bedeutung, da es sich hier nicht, wie fälschlicherweise von Polen behauptet wird, um eine private Steuerangelegenheit des Fürsten Pleß handelt, sondern um eine Frage des Minderheitenschutzes.

Erst Notverordnung – dann Ergänzung des Kabinetts

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Mai. Das Scheitern des Versuches des Reichskanzlers, sein Kabinett wieder zu vervollständigen, wird heute in der Wilhelmstraße offen zugegeben. Man erklärt, daß die Personalien gar nicht so wichtig seien, sondern daß

im Vordergrund die sachliche Arbeit

an dem überaus schwierigen Problem des Etats und der nächsten Notverordnungen stände, die das Arbeitsbeschaffungsproblem, die Arbeitsdienstpflicht und andere brennende Fragen enthalten würden. Da für die Sozialpolitik, insbesondere für die Erwerbslosenfürsorge, nicht weniger als drei Milliarden notwendig seien, könne man sich vorstellen, daß jetzt nur die wichtigsten Arbeiten im Vordergrund des Interesses stehen dürften. Erst nach Abschluß der vorliegenden Arbeiten werde der Kanzler dem Reichspräsidenten Vortrag halten.

Hindenburg werde wahrscheinlich aber erst Ende dieses Monats aus Neudeck zurückkehren.

Eine Reise des Kanzlers nach Neudeck sei nicht in Aussicht genommen. In politischen Kreisen glaubt man aus diesen Darlegungen entnehmen zu sollen, daß vor Ende dieses Monats mit dem Abschluß der Etatsarbeiten und der übrigen Beratungsgegenstände des Kabinetts nicht gerechnet werden könne. Die fertiggestellten Teile des Reichshaushaltes hat die Reichsregierung bekanntlich dieser Tage dem Reichsrat zur Beratung zugesandt. Dieser hat es jedoch, wie verlautet, abgelehnt, an die Etatsberatung heranzugehen, ehe nicht eine finanzielle Gesamtübersicht vorliege. Vielleicht bedeutet dies, daß sich die Fertigstellung des Etats überhaupt noch bis Anfang Juli hinausögert und daß damit auch die Etatsberatung des Reichstages nicht vor Anfang Juli beginnen kann. Es könnte dann schon sein, daß das Deutsche Reich erstmalig das Phänomen eines „Hundstagetats" erlebt.

Sehr besorgt ist man in der Wilhelmstraße auch weiterhin über das Echo der Groenerkrise im Ausland.

Da maßgebende ausländische Zeitungen die Kabinettskrise als eine sehr aktuelle Frage behandeln, befürchtet man eine Schwächung der Stellung des Reichskanzlers auf der Lausanner Konferenz. Schon jetzt weisen nämlich einige Auslandsblätter darauf hin, daß die Regierung außenpolitisch in ihrem jetzigen Zustand gar nicht mehr recht aktionsfähig sei. Der Reichskanzler ist offenbar nicht in der Lage, die Krise seines Kabinetts durch Neuernennung von Ministern und durch eine Verbreiterung seiner parlamentarischen Basis zu überwinden. Die Verhältnisse bleiben daher in einem Zustand der Verwirrung, über die auch amtliche Beruhigungsparolen nicht hinwegzutäuschen vermögen.

•

Der vorläufige Abschluß der Haushaltrechnung 1931/32 ergibt, wie die „Germania" berichtet, einen Fehlbetrag von 423,5 Millionen Mark.

Auswärtiger Ausschuß für Dienstag einberufen

Berlin, 17. Mai. Für Dienstag, den 24. Mai, ist der Auswärtige Ausschuß des Reichstages von seinem Vorsitzenden, Dr. Frick (Natsoz.) einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht: „Bericht des Reichskanzlers und Reichsaußenministers über die Genfer Verhandlungen, Tribute, ausländische Schulden, Abrüstung, Memelland, Danzig".

Der Haushaltausschuß tritt am Montag, dem 23. Mai, zu einem neuen Tagungsabschnitt zusammen, der der Erledigung einer großen Reihe von Anträgen zu den letzten Notverordnungen und sonstigen Vorlagen dient. Der Steuerausschuß, der am Dienstag nächster Woche und den folgenden Tagen Sitzungen abhält, wird Anträge zur Lohnsteuer, zur Kapitalflucht und zur Steuerhinterziehung beraten. Der am Freitag zusammentretende sozialpolitische Ausschuß wird einen Bericht der Reichsregierung über die Lage der Sozialversicherung entgegennehmen und die hierzu vorliegenden Anträge der Parteien behandeln.

Starker Rückgang des Ausfuhrüberschusses

Berlin, 18. Mai. In der Entwicklung der Einfuhr ist nach dem starken Rückgang im Vormonat im April wieder eine beträchtliche Steigerung eingetreten. Wertmäßig war die Einfuhr im April mit 427 Mill. RM. um 63 Mill. RM., d. h. um 17 v. H., höher als im März dieses Jahres. Mengenmäßig beläuft sich die Zunahme sogar auf mehr als 20 v. H., da der Durchschnittswert der Einfuhr um etwa 3 v. H. gesunken ist. Durch die Saisonbewegung findet diese Zunahme, mit der die Einfuhr — mengenmäßig betrachtet — noch über den Stand der Monate Januar und Februar dieses Jahres hinaus gestiegen ist, keine Erklärung, da saisonmäßig etwa der gleiche Umfang der Einfuhr wie im März erwartet werden konnte. Offenbar handelt es sich dabei zu einem Teil um eine Reaktion auf die starke Schrumpfung der Warenbezüge im Vormonat. — Die Ausfuhr belief sich im April auf 472 Mill. RM. Hinzu kommen Reparationssachlieferungen im Betrag von 9 (Vormonat 11) Mill. RM. Gegenüber dem März ist die Gesamtausfuhr somit um 46 Mill. RM. gesunken. Dieser Rückgang ist nur zu einem kleinen Teil durch die weitere Senkung der Preise zu erklären. Im großen und ganzen entspricht diese Abnahme der Ausfuhr im April zwar der saisonüblichen Tendenz, jedoch ist dabei zu berücksichtigen, daß im Vormonat die Ausfuhr entgegen der Saisontendenz bereits abgenommen hatte. — Die Handelsbilanz schließt im April mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 45 (März 152) Mill. RM. ab. Einschließlich der Reparationssachlieferungen belief sich der Ausfuhrüberschuß auf 54 Mill. RM.

Mitgliedersperre bei der NSDAP.

München, 18. Mai. Der „Völkische Beobachter" veröffentlicht eine parteiamtliche Bekanntmachung, derzufolge das rapide Anwachsen der Bewegung neuerdings eine Mitgliedersperre notwendig mache. Die Reichsleitung verfügt daher, daß mit sofortiger Wirksamkeit keine Mitgliederanmeldungen durch irgendeine Dienststelle entgegengenommen werden dürfen. Die Sperre erstreckt sich zunächst bis 15. Juli.

Protest der sächsischen Nationalsozialisten

Dresden, 18. Mai. Die nationalsozialistische Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, in dem sie vom Landtag verlangt, er solle die sächsische Staatsregierung beauftragen, gegen den Erlaß einer Notverordnung, die neue Steuern und Kürzung der Unterstützungssätze vorsieht, schärfsten Protest bei der Reichsregierung einzulegen.

Zwei Entführer des Lindbergh-Kindes gefaßt?

Neuyork, 18. Mai. Vor der Neuyorker Polizei hat ein 29jähr. Rumschmuggler Franz Parzuch, der wegen böswilligen Verlassens seiner Frau verhaftet wurde, das Geständnis abgelegt, das Kind Lindberghs in Gemeinschaft mit sechs Komplicen entführt zu haben. Er erklärte, das Baby sei nicht ermordet worden, sondern bei dem Versuch, es über die Leiter zu entführen, aus dem Fenster gestürzt. Hierbei habe es die furchtbare Kopfwunde erhalten, die den Tod herbeiführte. Die Polizei überprüft noch die Richtigkeit der Angaben Parzuchs und fahndet nach den sechs anderen Alkoholschmugglern, deren Adressen er ihr mitgeteilt hat. Ob es sich tatsächlich um die Entführer des Lindbergh-Kindes handelt, steht noch nicht fest.

Nach bisher unbestätigten Meldungen aus Monterrey in Mexiko soll dort ein gewisser Harry Fleischer verhaftet worden sein. Auch er gestand, an der Entführung des Lindbergh-Kindes teilgenommen zu haben. Die Behörden in Monterrey lehnen entschieden eine Stellungnahme zu diesem hartnäckigen Gerücht ab. Die in Monterrey erscheinende Zeitung „El Sol" meldet aber mit aller Bestimmtheit die Verhaftung und fügt hinzu, daß die mexikanischen Behörden nur auf eine Anweisung Washingtons warteten.

100 Tote beim Brande des „George Philippar"

Paris, 18. Mai. Nach den bisher über den Brand des französischen Ostindiendampfers „George Philippar" hier vorliegenden Nachrichten scheint es sich zu bestätigen, daß etwa 100 Fahrgäste dabei ums Leben gekommen sind. Es handelt sich größtenteils um Reisende erster Klasse, die sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, weil sie von den Flammen überrascht worden waren. Außerdem soll sich eine ganze Reihe von Passagieren in der ersten Erregung ins Meer gestürzt und auf diese Weise den Tod gefunden haben.

Ruhe in Bombay

Bombay, 18. Mai. Die von der Regierung gestern angeordnete Räumung der Straßen von Anbruch der Dunkelheit an hatte den Erfolg, daß die Nacht zum erstenmal seit längerer Zeit ohne Zwischenfälle verlief. Die Bilanz der Unruhen der letzten vier Tage beläuft sich auf 88 Getötete und 850 Verletzte. 85 Häuser wurden eingeäschert und 435 Läden vollkommen ausgeplündert. Die Straßen der Stadt sind vollkommen ausgestorben. Man sieht nur noch Truppen und Polizisten.

Doch ein Zivilkabinett in Japan?

Tokio, 18. Mai. Es wird jetzt mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Armee die Bildung einer Regierung der konservativen Seiyukai-Partei mit dem bisherigen Innenminister Suzuki als Ministerpräsidenten billigt, unter der Bedingung, daß die konservative Partei das Wirtschaftsprogramm der Armee annimmt. Dieses Programm fordert vor allem eine Reform des Steuerwesens im Sinne der Entlastung der Landwirte und ein Moratorium für die Schulden der Landwirtschaft und des Einzelhandels.

Ein Lützow-Gedenktag

Breslau, 18. Mai. (Eig. Drahtm.) Morgen ist die 150. Wiederkehr des Geburtstages des Freischarführers von Lützow, des Führers der „schwarzen Lützower". Die alte Kirche in Rogau, wo am denkwürdigen 27. März 1813 2000 Freiwillige eingesegnet wurden, steht heute noch. Das bescheidene evangelische Gotteshaus hat noch den gleichen Holzaltar, vor dem damals der Dorfpfarrer Peters Lützow und seine Offiziere einsegnete. In der benachbarten Stadt Jobten erinnert das Denkmal des betenden Kriegers daran, daß von hier aus die Lützower den ruhmvollen Marsch gegen die Franzosen antraten. Aus der Kirche in Rogau wird der schlesische Rundfunk morgen eine Uebertragung veranstalten.

Die Rostocker Lehrertagung

Rostock, 17. Mai. Zu Beginn des zweiten Tages der Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins ging aus Paris ein Begrüßungstelegramm der Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände ein. Von der Versammlung stürmisch begrüßt, wurde der Vertreter des Memelländischen Lehrervereins, der für die Beweise inniger Verbundenheit den herzlichen Dank überbrachte. Gegenüber dem Kampf der memelländischen Machthaber, der sich besonders gegen die Schulen und gegen die Lehrerschaft im Memelland richtet, legte der Abgesandte ein begeistert aufgenommenes Treugelöbnis zu Volk und Reich ab. Der Vorsitzende des DLV., Georg Wolff, sprach über das Thema „Schule, Lehrerschaft und Deutscher Lehrerverein in der Gegenwart". Die deutsche Lehrerschaft fordere aufs neue die einheitliche deutsche Volksschule auf der Grundlage des deutschen Volkstums, die alle Lehrerschichten und Anschauungen in sich vereinige.

Englische Minensucher im Nord-Ostsee-Kanal

Kiel, 18. Mai. Die erste englische Minensuchflottille ist heute vormittag auf dem Wege von England nach der Ostsee vor Brunsbüttel eingetroffen und hat nach Passieren der Brunsbüttelkooger Schleuse die Kanalfahrt nach der Ostsee angetreten.

SLUB
Wir führen Wissen.